

19. Wahlperiode

## **Antrag**

---

der AfD-Fraktion

### **Freiheit bewahren, Frauenrechte schützen: Berlin setzt ein Zeichen zum „World-No-Hijab-Day“**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den 1. Februar, den „World-No-Hijab-Day“, offiziell als Tag des Gedenkens und der Solidarität mit jenen Frauen zu erklären, die weltweit und in Berlin für ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ohne religiösen Bekleidungszwang kämpfen;
2. ein klares Bekenntnis zur negativen Religionsfreiheit abzugeben, die das Recht jedes Einzelnen schützt, religiöse Symbole abzulegen, ohne dafür soziale oder familiäre Repressionen befürchten zu müssen;
3. Präventions- und Ausstiegsangebote für Mädchen und Frauen in Berlin zu stärken, die von patriarchalen Strukturen oder dem politischen Islamismus unter Druck gesetzt werden, sich gegen ihren Willen zu verschleiern;
4. im Rahmen der politischen Bildung an Berliner Schulen verstärkt über die Instrumentalisierung des Kopftuchs als politisches Machtsymbol aufzuklären und die Werte der Gleichberechtigung und individuellen Freiheit offensiv zu vertreten;
5. sich auf Bundesebene für einen besseren Schutz von Frauen einzusetzen, die Opfer von sogenannter „Ehrgewalt“ werden, wenn sie sich gegen religiöse Bekleidungs-vorschriften entscheiden.

### ***Begründung***

Der 1. Februar, der „World No Hijab Day“, ist weit mehr als ein symbolisches Datum. Er ist ein Mahnruf gegen die systemische Unterdrückung von Mädchen und Frauen. Er erinnert an den mutigen Widerstand von Frauen gegen den Kopftuchzwang, insbesondere in Ländern wie dem Iran und Afghanistan. Doch auch mitten in Berlin erleben Mädchen und junge Frauen täglich einen enormen sozialen und familiären Druck, sich zu verschleiern.

Für eine moderne Frauenpolitik ist die Religionsfreiheit keine Einbahnstraße. Sie umfasst nicht nur das Recht, den Glauben auszuüben, sondern auch das fundamentale Recht, sich von religiösen Zwängen zu befreien. Der Hijab als Symbol der religiösen Unterwerfung und alle damit einhergehenden Verschleierungszwänge sind ein Instrument der Unterdrückung und widersprechen dem Leitbild der gleichberechtigten Teilhabe.

Berlin als Stadt der Freiheit darf nicht schweigend zusehen, wenn im Namen der Religion die Errungenschaften der Aufklärung und der Frauenrechte untergraben werden. Wir stehen an der Seite derer, die den Mut aufbringen, das Tuch abzulegen. Ein bloßes Tolerieren von Parallelgesellschaften, in denen das Frauenbild des politischen Islam dominiert, ist keine Weltoffenheit, sondern das Im-Stich-Lassen der Betroffenen.

Berlin, den 13. Januar 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Auricht  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion